



# KLIMA- CASINO SCHLIESSEN



# INHALT

## ANALYSE

DAS KYOTO-PROTOKOLL.. EIN NUR ZU KLEINER SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG - ODER TEIL DES PROBLEMS?.....	S.04
CDM+REDD UND DER GLOBALE SÜDEN? .....	S.08
„GRÜNER“ KAPITALISMUS? WIR BRAUCHEN KLIMAGERECHTIGKEIT STATT WACHSTUMSWAHN!.....	S.10

## ACTION

AUF NACH KOPENHAGEN!.....	S.12
VORSTELLUNG LINKSJUGEND.SOLID & AVANTI - PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE .....	S.14/15
KLAR ZUM ENTERN... WAS TUN GEGEN DEN KLIMAWANDEL? .....	S.16

## ALTERNATIVEN

ANTI-AKW-BEWEGUNG .....	S.18
ÖKO-KOMMUNISMUS SHA-LA-LA-LA-LA.....	S. 20
FÜR DIE SOFORTIGE STILLLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN WELTWEIT – ALLES ANDERE IST QUARK.....	S.22

# EDITORIAL

> Es war einmal im Sommer 2008, da haben einige Leute beschlossen, Klimawandel nicht länger den G8 bis G20-Gipfeln und darum kreisenden PolitikberaterInnen, LobbyistInnen und Parteien zu überlassen. Vom damaligen Klima- und Antirassismuscamp in Hamburg gingen Aktionen gegen Agrotreibstoffe, gegen Atomkraft und den Neubau eines Kohlekraftwerks in Hamburg-Moorburg aus, und die schwarz-grüne Landesregierung musste Polizeihundertschaften mit Knüppeln und Wasserwerfern schicken, um die Besetzung der Kraftwerksbaustelle zu verhindern. Ein Protestcamp gegen die Flughafenerweiterung in Frankfurt erhielt bundesweite Aufmerksamkeit, in mehreren Städten fanden Aktionen für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr statt. Erste Ansätze einer Klimabewegung von unten gibt es also bereits.

Dieses Jahr wird Klimawandel erst recht zum Thema in Politik und Medien, wenn im Dezember der UN-Klimagipfel in Kopenhagen zusammenkommt. Wir scheinen dann wieder auf die ZuschauerInnenplätze verwiesen zu sein, von denen aus wir die Staats- und Regierungschefs vielleicht anfeuern dürfen, damit sie ein gutes Abkommen zustande bringen, und diejenigen ausbuhnen können, die dabei am meisten bremsen.

Darauf haben wir keinen Bock - nicht nur, weil wir nicht gerne zuschauen, wie andere über die Zukunft unseres Planeten entscheiden, sondern auch, weil wir sicher sind, dass das so nichts wird. Gerade die mächtigsten der Regierungen, die sich in Kopenhagen treffen, haben ganz anderes im Sinn, als Tuvalu (ein Inselstaat, der im Meer zu versinken droht) vor dem Untergang zu bewahren. Sie sorgen sich im Zweifelsfall eher um das Investitionsklima. Viele sonst kritische Menschen wollen das vergessen, weil „UN“ und „Klimakonferenz“ doch so schön nach dem Guten und Wahren klingt, danach, dass wirklich (fast) alle wollen, dass es besser wird.

Dagegen haben wir uns entschieden, uns das nach Aussage der Regierungen wichtigste Ergebnis ihrer bisherigen Verhandlungen noch einmal genau anzuschauen: das Kyoto-Protokoll. Das Resultat

hat uns ehrlich gesagt nicht überrascht: Klimaschutz haben wir wenig gefunden, schon gar nicht solchen, der die nötige radikale Wende beinhaltet, um eine Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen auf einem irgendwie erträglichen Level zu ermöglichen. Dagegen eine Menge heißer Luft - in allen Bedeutungen des Begriffs. Und gute Geschäfte, neue Märkte und Profite. Aber lest selbst.

Beginn und Schwerpunkt der Broschüre ist dementsprechend die Analyse. Hier haben wir uns genauer mit den Mechanismen des UN-Klimagipfels auseinander gesetzt und ihre Probleme deutlich gemacht. Zudem werden Verbindungslinien zwischen Wirtschaftskrise und Klimawandel herausgearbeitet.

Die goldene Mitte trägt den Titel „Action“. Hier könnt ihr konkrete Infos zu den geplanten Aktionen in Kopenhagen finden. Ebenso konkret bieten wir Tipps selber aktiv zu werden und präsentieren die Anti-Atom-Bewegung als Beispiel wie Bewegungen von unten erfolgreich sein können.

Zum Abschluss wagen wir den Blick auf Alternativen. Im Mittelpunkt steht dabei die Feststellung, dass eine gerechte, demokratische und ökologische Gesellschaft jenseits von Kapitalismus denkbar und machbar ist.

Gedacht, gelebt und vor allem erkämpft werden muss diese noch - dabei seid ihr wieder am Zug. Wir wünschen eine aufschlussreiche Lektüre und sehen uns sicher wieder - sei es in Kopenhagen, beim kommenden Castor-Transport oder am nächsten Kohlekraftwerk.

---

## Anthropogener Klimawandel

→ Globale Erwärmung

---

## Anthropogener Treibhauseffekt

Die Veränderung der Atmosphärenzusammensetzung durch menschliches Einwirken verstärkt den natürlichen → Treibhauseffekt und führt damit zur → Globalen Erwärmung. Durch Verbrennen fossiler Brennstoffe und die weltumfassende Entwaldung wird → CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre angereichert. Landnutzungsveränderungen wie Land- und Viehwirtschaft verursachen den Ausstoß weiterer bedeutender → Treibhausgase wie Methan oder Lachgas.

---

## Bewegungsnetzwerke

Als Teil der → Klimabewegung vereinen sie Menschen, Gruppen und Organisationen um politische Forderungen zu stellen und/oder Aktionen durchzuführen. Wichtige Netzwerke sind u.a. das globale Netzwerk von KleinbäuerInnen La Via Campesina, die Netzwerke Climate Justice Now! und Climate Justice Action, das autonome Netzwerk Never Trust A COP sowie das Climate Action Network aus NGOs.

---

## Blindstellen

Die gegenwärtige politische Bearbeitung der Ursachen und Auswirkungen der → globalen Erwärmung weist eine Ein-dimensionalität hinsichtlich ihrer Markt- und Technologieorientierung auf und blendet soziale Verhältnisse, wie Geschlechterverhältnisse, Nord-Süd-Verhältnisse oder das Verhältnis von Arm und Reich aus. Indem die → Klimabewegung auf die Vielfalt existierender und gelebter emanzipatorischer Alternativen hinweist begegnet sie diesen BS.

---

## CCS – Carbon Capture and Storage (CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung)

Abscheidung von → CO<sub>2</sub> aus Verbrennungs-Abgasen und deren Einlagerung (Sequestrierung), insbesondere in unterirdischen Speicherstätten. Der Betrieb von vier Kohlekraftwerke der CCS-Technologie (euphemistisch „Clean Coal“) würde ein fünftes erfordern um die zusätzlich benötigte Energie bereitzustellen.

---

## CDM – Clean Development Mechanism

Mit dem CDM, einem der → flexiblen Mechanismen, kann sich ein verpflichtetes Land oder Unternehmen an einem emissionsmindernden Projekt in einem Entwicklungs- oder Schwellenland beteiligen bzw. dieses finanzieren (kaufen), und sich die Reduktionsgutschriften anrechnen lassen.

---

## CO<sub>2</sub> – Kohlenstoffdioxid

Eines der wichtigsten → Treibhausgase. Bewirkt etwa 60 % des → anthropogenen Treibhauseffekts. Seine Konzentration betrug in den letzten 800tsd. Jahren maximal 300 ppmV (Teile pro Million Volumenanteil) und ist v.a. durch Verbrennung fossiler Rohstoffe seit Beginn der Industrialisierung auf heute über 385 ppmV gestiegen – dem wahrscheinlich höchsten Wert seit 20 Millionen Jahren.

➤ Die Vereinbarung des Kyoto-Protokolls auf der UN-Klimakonferenz im japanischen Kyoto 1997 wurde als Durchbruch im internationalen Klimaschutz gefeiert: Erstmals hätten die Industrieländer sich zu völkerrechtlich verbindlichen Emissionszielen verpflichtet, jetzt sei der Weg bereitet, die notwendige Reduktion der Treibhausgasemissionen weltweit umzusetzen.

Im Kyoto-Protokoll wurde vereinbart, dass 39 Industrieländer (die „Annex-B-Staaten“) ihre Emissionen bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber 1990 reduzieren sollten. Je nach ökonomischer Situation erhielt jedes Land ein eigenes Reduktionsziel. Die meisten Schwellen- und Entwicklungsländer mussten nach dem Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ keine konkreten Emissionsziele erreichen. An dieser Vereinbarung wurde von Anfang an kritisiert, dass die Reduktion der Industrieländer nicht ausreichend war: Angesichts der notwendigen Halbierung der Emissionen wäre eine Reduktion um 5,2 % in den Industriestaaten bei weiterem Wachstum der Emissionen in den Schwellenländern wohl nicht einmal ausreichend für eine Trendwende.

Tatsächlich wachsen die Treibhausgasemissionen bis heute ungebrochen weiter. Wenn nun im Dezember in Kopenhagen ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll verabschiedet werden soll, gilt es, eine zentrale Frage zu klären: War dieses Abkommen im Grunde richtig und nur nicht weitgehend genug – oder ein grundsätzlich untaugliches Instrument, um den Ausstoß an Treibhausgasen zurückzufahren?

Für das andauernde Wachstum der Emissionen gibt es neben den unzureichenden Vorgaben des Kyoto-Protokolls zwei weitere Gründe: Der erste und recht banale liegt darin, dass zahlreiche Staaten die in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen schlicht nicht erfüllt haben – bekanntestes Beispiel dafür sind die USA, die das Protokoll nie in Kraft setzten und später ihre Unterschrift zurückzogen. Doch auch die EU, die sich gerne als Vorreiter in Sachen Klimaschutz gibt, hatte ihre Emissionen bis 2003 nur um 1,7% reduziert – in Kyoto hatte sie sich zu 8% Einsparungen verpflichtet. Inzwischen sieht die Statistik besser aus – unter anderem durch den Beitritt osteuropäischer Staaten, deren Wirtschaft nach 1990 zusammengebrochen ist. Dadurch haben sich deren Treibhausgasemissionen massiv reduziert – was aber weder mit dem Kyoto-Protokoll, noch mit Klimaschutz in der EU zu tun hat.

Ein weiterer Grund, warum der Vertrag nicht zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen geführt hat und nicht einmal deren Wachstum stoppen konnte, liegt in seinen Bestimmungen selbst: In Kyoto wurden so genannten „flexible Mechanismen“ vereinbart, die es den Staaten leichter machen sollten, ihre Reduktionsziele wenn schon nicht in der Praxis, dann zumindest auf dem Papier zu erreichen.

Die wesentlichen flexiblen Mechanismen sind Emissionshandel, Joint Implementation (gemeinsame Umsetzung) und der Clean Development Mechanism (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung).

Beim Emissionshandel wird jedem Verschmutzer eine maximale Menge an Emissionen in Form von Zertifikaten zugewiesen, die dann im Laufe der Jahre reduziert werden sollten. Wer mehr verschmutzt als vorgesehen, muss Zertifikate zukaufen, wer stärker

# DAS KYOTO- PROTOKOLL

## EIN NUR ZU KLEINER SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG – ODER TEIL DES PROBLEMS?

einspart, kann restliche Zertifikate zu Geld machen. Das dahinter stehende wirtschaftliche Prinzip ist die Atmosphäre zu einem handelbaren Gut zu machen und somit zu privatisieren. Denn nur was handelbar ist und daher einen Preis hat, kann in der kapitalistischen Logik wertvoll sein.

Doch selbst, wenn wir das einmal in Kauf nehmen, so lange es nur das Klima rettet: Hinter diesem scheinbar so einfachen und transparenten Mechanismus stecken mehrere Haken. Der erste liegt in der Zuteilung der Zertifikate: Die stellt nämlich ein klassisches politisches Einflussspiel dar, in dem nicht die besten Klimaschützer, sondern die Industrien mit der stärksten Lobby am längeren Hebel sitzen. So erhielten in der EU besonders klimaschädliche Kohlekraftwerke immer wieder besonders viele Zertifikate, was ihre Stellung am Markt festigte, statt sie endlich aus dem Verkehr zu ziehen. Selbst der Flugverkehr wird im europäischen Emissionshandel gegenüber der Bahn bevorzugt und muss ab 2013 nur für 15 % seiner Emissionen Zertifikate kaufen – bis dahin kommt er gänzlich ungeschoren davon.

Was passiert, wenn alle Lobbygruppen gut arbeiten und für ihre Industrie mehr Zertifikate herauschlagen als diese braucht, ließ sich in der EU bereits beobachten: Sobald klar ist, dass mehr Zertifikate auf dem Markt sind als gebraucht werden, bricht deren Preis ein. Der Anreiz zum Einsparen von Emissionen ist dann für das jeweilige Jahr verschwunden. (Dasselbe würde passieren, wenn nach einer realistischen Zuteilung von Emissionsrechten unerwartete Einsparungen vollzogen werden).

Vielfach wurde kritisiert, dass die Emissionszertifikate in der EU bisher kostenlos vergeben statt versteigert wurden. Da die Energiekonzerne diese Zertifikate dennoch als Kosten in ihre Bilanzen einscriben und an ihre KundInnen weitergaben, konnten sie so aus dem Nichts milliardenschwere Extragewinne verbuchen, ohne auch nur einen Cent für den Klimaschutz auszugeben. Die Kritik daran ist berechtigt – doch für das Klima ändert sich nichts, wenn die Konzerne künftig für die Zertifikate bezahlen müssen.

Ein weiteres Problem des Emissionshandels ist die Menge an „heiße Luft“, die sich im Umlauf befindet: Staaten, die sich in Kyoto darauf verpflichteten, ihre Emissionen gegenüber 1990 konstant zu halten, obwohl diese durch den Zusammenbruch ihrer Industrien bereits massiv gesunken waren, haben dadurch überschüssige Zertifikate, die sie verkaufen können. Wenn andere Länder solche Zertifikate kaufen, wird mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen, als wenn sie ihre eigenen Emissionen tatsächlich reduzieren müssten.

Sicher könnte man jetzt versuchen, jeden Kritikpunkt am Emissionshandel einzeln aufzugreifen und mit öffentlichem Druck für Abhilfe zu sorgen, um einen „besseren“ Emissionshandel zu bekommen – aber hier wird deutlich, dass Klimaschutz ohnehin politische Entscheidungen über unsere Produktionsweise, über Energie, Transport und Verkehr erfordert. Der „Marktmechanismus“ Emissionshandel gibt vor, diese Entscheidungen dann rein „sachlich“ nach Kostengesichtspunkten zu treffen, verschleiert dabei aber nur, wer sie wo in wessen Interesse fällen darf.

Ein anderes viel beworbenes Instrument in den internationalen Klimaverhandlungen ist der Clean Development Mechanism (CDM). Hier sollen Unternehmen aus Industrieländern in Ländern des Südens investieren, um dort Treibhausgasemissionen zu vermeiden oder zu reduzieren. Die Investoren erhalten dafür Emissionszertifikate, die sie weiter verkaufen oder selber nutzen können, um ihre Reduktionsverpflichtungen zu erfüllen. Die Länder des Südens profitieren dabei den Befürwortern des CDM zufolge von den modernisierten Anlagen etwa durch effizientere Energieerzeugung. Mit diesem Mechanismus versuchen die Verursacher des Klimawandel – die Industriestaaten – sich von ihrer Verantwortung freizukaufen und andere den notwendigen Wandel vollbringen zu lassen.

In Bezug auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz ist das so genannte „Referenzszenario“ die größte Schwachstelle des CDM: Welche Menge an Treibhausgasen würden ausgestoßen, wenn es ein CDM-Projekt nicht gäbe? An der Differenz zu diesem Szenario misst sich dann die Menge der zugeleiteten CO<sub>2</sub>-Zertifikate. So könnte man den



Bau eines verhältnismäßig effizienten, modernen Kraftwerks zur Verbrennung fossiler Rohstoffe als CO<sub>2</sub>-Einsparung darstellen, wenn man darlegen kann, dass dafür ein altes Kraftwerk vom Netz geht – oder das alternativ ein weniger effizientes Kraftwerk mit höherem CO<sub>2</sub>-Ausstoß gebaut werden müsste.

Solche Rechenspiele laden zur Manipulation geradezu ein – selbst die EU geht davon aus, dass etwa 40 % der CDM-Zertifikate keine reale Reduktion von Treibhausgasemissionen verursacht haben. Zusätzlich kann der CDM perverse Anreize setzen und etwa dafür sorgen, dass alte Fabriken, die stark klimaschädliche Gase ausstoßen, weiter betrieben werden, weil das Auffangen dieser Gase als CDM-Projekt extrem profitabel ist (und wenn die Anlage stillgelegt würde, gäbe es nichts mehr aufzufangen, also kein CDM-Projekt mehr...).

Umstritten sind auch so genannte Kohlenstoffsinken als CDM-Projekte: Hier sollen zB Aufforstungen CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre binden. Selbst wenn dadurch tatsächlich Treibhausgaskonzentrationen reduziert werden könnten (was jedenfalls dauerhaft nicht der Fall ist), können die ökologischen und sozialen Folgen vor Ort verheerend sein, wenn etwa schnell wachsende Eukalyptusplantagen den Grundwasserspiegel sinken lassen oder Menschen aus ihrem Lebensraum vertrieben werden, der künftig als Kohlenstoffsinke dienen soll.

Bisher sind solche Projekte größtenteils Planspiele oder Absichtserklärungen – die Auseinandersetzungen in diesem und den kommenden Jahren werden darüber entscheiden, ob sie in großem Maße umgesetzt werden. Grundsätzlich führt der CDM zu Investitionen in Großprojekten, von denen maximal nationale

Eliten, aber nicht die lokale Bevölkerung profitieren. Der CDM ist also ein großes Schlupfloch für die vereinbarten Senkungen der Treibhausgasemissionen.

Grundsätzlich basieren alle diese Marktmechanismen auf der Überlegung, Emissionen zuerst dort zu reduzieren, wo die Reduktion am günstigsten ist. Das wirkt auf den ersten Blick logisch – könnte sich aber bei notwendigen Reduktionen von 90 % innerhalb der nächsten vierzig Jahre in den Industrieländern als Sackgasse erweisen: Eine solche Reduktion erfordert eben nicht nur graduelle Einsparungen, wo die am leichtesten sind, sondern einen grundsätzlichen Umbau der Strukturen von Produktion, Transport und Konsum. Ein so radikaler Umbau müsste sofort und in allen Bereichen begonnen werden – besonders dort, wo die Vermeidung von Treibhausgasemissionen am schwierigsten erscheint, müssten wir mit größtem Einsatz nach Lösungen suchen.

Die 12 Jahre nach Kyoto haben die Vorstellung, Klimawandel ließe sich mit einem Handelssystem für Emissionszertifikate in den Griff bekommen, widerlegt. Die flexiblen Mechanismen sind nicht nur sozial und global ungerecht und führen zu massiven ökologischen Schäden vor Ort – sie bieten die Möglichkeit, die auf den Klimakonferenzen groß verkündeten Reduktionsziele im wahrsten Sinne des Wortes in heiße Luft aufgehen zu lassen.

Letzteres dürfte einer der Gründe sein, warum die internationale Klimadiplomatie heute noch viel euphorischer als vor Kyoto auf diese Mechanismen setzt (damals hatte etwa die EU zunächst Widerstand gegen ihre Einführung geleistet). Und nicht zuletzt lässt sich mit diesem Handel eine Menge Geld machen – und nicht nur die in der globalen Krise taumelnden Großbanken können neue Märkte gut gebrauchen. Gleichzeitig wissen Konzerne die Schlupflöcher des Emissionshandelssystems inklusive CDM zu schätzen – ein radikaler Ausstieg aus der Kohleverstromung etwa wäre ihnen wesentlich unangenehmer.

Emissionshandel und CDM sind deshalb nicht nur keine Lösung – sie sind Teil des Problems. Mit diesen Instrumenten wird suggeriert, der kapitalistische Normalbetrieb inklusive Profitlogik und Wachstumszwang müsse nur ein wenig umgelenkt werden, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Von der Notwendigkeit, unsere Produktionsweise radikal umzubauen, können wir uns bei niemandem freikaufen. Diese Marktmechanismen – und damit einen zentralen Bestandteil der Klimapolitik der Herrschenden – wollen wir in Kopenhagen und danach mit einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit entsorgen.

*Felix Pithan, Linksjugend [solid]*



## CO<sub>2</sub>-Senken

Vorgang, Tätigkeit oder Mechanismus, durch den oder die → Treibhausgase aus der Atmosphäre entfernt werden. Laut → Kyoto-Protokoll können → CO<sub>2</sub>-Emissionen gegen Maßnahmen zur erhöhten CO<sub>2</sub>-Speicherung (bspw. durch Aufforstungsmaßnahmen) aufgerechnet werden. Große wissenschaftliche Unklarheiten herrschen bei der Bestimmung von Kohlenstoff-Senken und deren Potentialen.

## COP – Conference of the Parties

Vertragsstaatenkonferenz der → UNFCCC. Seit deren Inkrafttreten 1995 finden sie jährlich statt. Regierungsdelegationen verhandeln miteinander und können nur gemeinsam verbindliche Regelungen verabschieden. NGOs oder Lobbyverbände der Wirtschaft haben einen BeobachterInnenstatus. Im Dezember 2009 ist die COP15 in Kopenhagen Ort der Verhandlungen über ein → Post-Kyoto-Abkommen.

## Emissionsbilanz

Die Emissionen befinden sich global und in vielen der durch das → Kyoto-Protokoll verpflichteten Industrieländern im Ansteigen. Gegenüber dem Basisjahr 1990 sind die Emissionen heute weltweit um 27% höher. Partiiell verzeichnete Reduktionen sind primär auf externe Effekte – v.a. den Zusammenbruch von Industrien in den Transformationsstaaten (so auch in Deutschland) und die Wirtschaftskrise – und weniger auf gezielte Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen.



> Länder des Südens sollen durch Investitionen in erneuerbare Energien und andere „saubere Technologien“ vom CO<sub>2</sub>-Handel profitieren, oder indem sie etwa Geld dafür bekommen, Wälder zu erhalten. Doch die betroffene Bevölkerung, darunter viele Indigene, wird selten gefragt und profitiert kaum – ganz im Gegenteil: Durch große Staudammprojekte, Plantagen, aber auch die Ausweisung von Wäldern als profitable Kohlenstoffsenken im Rahmen von CDM und REDD befürchten die Organisationen von Indigenen massive Verletzungen ihrer Rechte und eine Gefährdung ihrer Lebensgrundlagen – oder haben diese schon durch Vertreibung, gewaltsame Repression gegen ihren Widerstand oder lokale Umweltzerstörung erlebt.

2007 machten Staudammprojekte ein Viertel aller vorgeschlagenen CDM-Projekte aus. Die wenigsten von ihnen dürften tatsächlich „zusätzlich“ sein, viele waren sogar schon fertiggestellt, als die Registrierung als CDM-Projekt erfolgte. Sie führen also nicht zur Reduzierung von sonst entstehenden Treibhausgasemissionen,

# CDM+REDD UND DER GLOBALE SÜDEN?

ihre Registrierung bringt nur den Betreibern Extraprofite und den Handelspartnern in Norden die Möglichkeit, „business as usual“ zu betreiben, statt ihre Emissionen zu reduzieren.

Doch unabhängig davon, ob solche CDM-Projekte tatsächlich zu den reklamierten Emissionsreduktionen führen (was allzu oft nicht der Fall ist), bringen viele von ihnen der betroffenen Bevölkerung massive Nachteile: Durch die Überflutung großer Gebiete beim Bau von Staudämmen werden nicht nur wertvolle Biotope zerstört, sondern verlieren oft tausende Menschen ihren Lebensraum – nicht selten durch gewaltsame Vertreibung. Gerade in tropischen Gebieten werden zudem erhebliche Mengen an Methan und CO<sub>2</sub> freigesetzt, wenn die überflutete Vegetation verrottet.

Indische Eisenfabriken, die weiterhin durch massive Umweltverschmutzung und Wasserverbrauch Gesundheit und Lebensgrundlagen der Landbevölkerung gefährden, erhalten Zusatzeinkommen aus CDM-Projekten, indem sie vorgeben, einen Teil ihrer Produktion sauberer gestaltet zu haben.

In Kolumbien wurde ein Windpark erfolgreich als CDM-Projekt registriert, der vor allem Strom für eine der größten Kohlegruben der Welt produziert. Die lokale Bevölkerung leidet nicht nur unter den massiven Umweltschäden durch die Mine, sondern wird zudem regelmäßig durch Paramilitärs terrorisiert. Dörfer in unmittelbarer Umgebung des Windparks blieben von der Stromversorgung abgeschnitten.

Zur Zeit laufen intensive Verhandlungen über das REDD-Programm (Reducing Emissions from Degradation and Deforestation). Im Grunde sollen hierbei Länder des Südens Geld dafür bekommen, Wälder nicht abzuholzen.

Indigene Organisationen kritisieren, dass von REDD wieder die nationalen Eliten profitieren, die zugleich für die Zerstörung der Wälder verantwortlich sind. Zudem spielt die Weltbank, die schon in vergangenen Jahrzehnte zahllose Großprojekte mit katastrophalen sozialen und ökologischen Folgen für die betrof-

fene Bevölkerung unterstützt hat, eine zentrale Rolle bei Investitionen in Wälder als Kohlenstoffsenken. Gleichzeitig finanziert sie massiv Investitionen in fossile Energien. Angesichts ihrer Rolle als einer der Motoren der neoliberalen Globalisierung ist es nur konsequent, dass die Weltbank auch REDD als profitablen Markt gestalten will.

Zentrale Ursachen für die Zerstörung von Urwäldern wie die Nachfrage nach Rohstoffen wie Zellstoff für den Export in Industrieländer oder die Ausweitung von Monokulturplantagen für Agrotreibstoffe tastet REDD dagegen nicht an.

Die UN definieren auch industriell angelegte Monokulturplantagen etwa von Eukalyptusbäumen als Wald – in diesen Plantagen herrschen oft unzumutbare Arbeitsbedingungen und sie werden massiv mit Pestiziden besprüht. Durch ihren hohen Wasserbedarf können sie ein Absinken des Grundwasserspiegels und so eine weitere Verödung der Landschaft bewirken.

Auf dem Klimagipfel der indigenen Völker in Anchorage im April 2009 verabschiedeten die TeilnehmerInnen im Konsens eine Erklärung, in der sie Emissionshandel, CDM und Wälder als Kohlenstoffsenken ablehnten, die weltweite KleinbäuerInnenorganisation Via Campesina ruft für den Klimagipfel im Dezember zu weltweiten Protesten gegen die marktbasieren Lösungen des UNFCCC auf.

Diese Mechanismen für den angeblichen Klimaschutz werden auf dem Rücken derer eingeführt, die bereits unter den Folgen des Klimawandels am meisten leiden, ohne nennenswert zu seinen Ursachen beizutragen. Sie sind das genaue Gegenteil einer Politik der Klimagerechtigkeit, die die ökologischen Schulden der Industrieländer anerkennt, sie für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in die Verantwortung nimmt und den am meisten Betroffenen Unterstützung bietet.

*Felix Pithan, Linksjugend [‘solid]*



CAPITALISM IS CRISIS

## Die Wahlempfehlung: ist Grün das neue Schwarz?

> Kurz vor der Europawahl fand in der BRD eine kleine Revolution statt, als die Financial Times Deutschland – nicht traditionellerweise eine Bastion ökologischen Denkens und Handelns – eine Wahlempfehlung nicht für die FDP, schon gar nicht für die mittlerweile allzu sozialdemokratisierte Union aussprach, sondern für: die Grünen. Sie sprach von der Partei als „marktfreundliche[m] Innovationsmotor“, vom „grünen ‘New Deal’“, der vorsieht, „über ehrgeizige Klimaschutzvorgaben ein Konjunkturprogramm für ökologische Zukunftstechnologien“ aufzulegen. Schlussfolgerung: „Wer mit seiner Stimme also sinnvolle Veränderungen vorantreiben will, kann sein Kreuzchen diesmal bei den Grünen machen“. Wem das jetzt ein wenig komisch vorkommt, dem sei verziehen: war es nicht früher einmal so, dass ökologische Politik auch eine Kritik am wirtschaftlichen Wachstumswahn beinhaltete? Waren sich früher UmweltaktivistInnen und die Großen der Wirtschaft nicht spinnefeind? Gleichungen wie „Öko = Wachstumskiller“ (oder aus gewerkschaftlicher Sicht: Jobkiller) ziehen vor dem geistigen Auge vorbei.

Da stellt sich natürlich die Frage: woher diese neue scheinbare Einträchtigkeit von Ökologie und Ökonomie? Interessant am GND ist, von Kapitaleseite aus betrachtet, nämlich nicht die Frage, ob er nun wirklich die Vielzahl von derzeit akuten ökologischen Krisen lösen kann, sondern ob er diese Krisen als neuen Wachstumsmotor nutzen kann, um damit die anderen Krisen des Kapitalismus zu lösen. Es geht also nicht nur um einfaches ‚greenwashing‘. Es geht vielmehr darum, am Ende der neoliberalen Phase des Kapitalismus einen neuen, angeblich „grünen Kapitalismus“ aus der Taufe zu heben. Das Problem ist aber, dass kein Kapitalismus wirklich „grün“, wirklich „nachhaltig“ sein kann, der nicht ohne den Zwang zum ständigen Wirtschaftswachstum auskäme. Nur: das wäre dann eben kein Kapitalismus mehr...

## Krise, Krisen (pl.)

Aber zuerst einmal zurück zur Krise, oder genauer gesagt, den Krisen. Da wäre zuerst die seit langem, vermutlich schon seit

dem Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts schwelende politische Krise, eine Krise der Legitimation sowohl globaler als auch nationalstaatlicher Institutionen, von der Welthandelsorganisation WTO, dem Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank, bis zu nationalen Parlamenten und Parteien. Zweitens ist da natürlich die Weltwirtschaftskrise, Resultat nicht ‚nur‘ des Kollaps des Finanzwesens, sondern tieferer Ursachen wie z.B. der Abwesenheit eines nachhaltigen Wachstumsmotors, die dazu führte, dass immer mehr Profite mit immer kurzlebigeren ‚bubbles‘ gemacht werden mussten. Und dann noch die Energiekrise: die Vorkommen fossiler Energieträger, auf denen aktuell das Weltwirtschaftssystem basiert, neigen sich über kurz oder lang dem Ende zu, was zu steigenden Energiepreisen und Konflikten um ‚Energiesicherheit‘ führen wird. Der globale Kapitalismus sitzt also ziemlich tief in der Scheiße, und ein paar Rettungsmilliarden zum Aufpumpen der Massenkaufkraft werden nicht reichen, um da heraus zu kommen. Stattdessen brauchen Kapitale und Regierungen, in den Worten des britischen Umweltökonom und Regierungsberaters ‚Lord‘ Stern „einen guten Wachstumsmotor ... um aus dieser [Krise] herauszukommen – es geht nicht einfach nur darum, die Nachfrage anzuheben.“ Aber woher einen solchen Motor nehmen?

## Die Biokrise und der grüne Kapitalismus

Zum Glück gibt es da noch eine weitere Krise, eine mit dem Potential, den Kapitalismus nicht nur zu zerstören – sondern auch, ihm neues Leben einzuhaufen: die Biokrise, welche sich aus der Vielzahl momentan akuter sozial-ökologischer Krisen wie Klimakrise, Verlust von Artenvielfalt, Versteppung u.s.w. zusammensetzt. Diese Krise birgt in sich das Potential, nicht nur die Wirtschafts-, sondern gleich alle drei oben genannten Krisen auf einen Schlag zu lösen. Man bedenke drei Beispiele: erstens (Stichwort politische Krise) den G8-Gipfel in Heiligendamm. Dort lief die globalisierungskritische Bewegung trotz taktisch brillanter Aktionen strategisch ins Leere. Während wir versuchten, die G8 mittels unserer ‚traditionellen‘ Globalisierungskritik zu de-legitimieren, schaffte diese – allen voran ‚Klimaqueen‘ Merkel – es, sich dadurch zu re-legitimieren, dass der Eindruck vermittelt wurde, hier würde das ‚Menschheitsproblem‘ Klimawandel angegangen, gar gelöst. Zweitens (Stichwort Wirtschaftskrise), die ‚grünen‘

# „GRÜNER“ KAPITALISMUS?

## WIR BRAUCHEN KLIMAGERECHTIGKEIT STATT WACHSTUMSWAHN!

Aspekte verschiedener Konjunkturprogramme: vom bundesdeutschen Paket, das relativ armselige 10% in grüne Sektoren investiert, bis hin zum südkoreanischen, bei dem diese Zahl 80% beträgt. Ganz zu schweigen von den zwei bis drei Billionen US-\$, die bis 2020 eventuell in den Kohlenstoffmarkt investiert werden können – entsteht hier der neue ‚Subprime‘-Markt? Drittens (Stichwort Energiekrise) die Tatsache, dass es bei der Förderung erneuerbarer Energien oft weniger um das Klima geht, als um die Frage der Energiesicherheit – denn mehr Windenergie zuhause heißt weniger Abhängigkeit vom Öl anderer Länder.

Was genau passiert hier? Um das zu erklären müssen wir etwas weiter ausholen. Krisen sind im Kapitalismus nicht notwendigerweise negativ: der Kern des wohlfahrtsstaatlichen New Deals, der in den USA zur (zumindest zeitweiligen) Lösung der Krise der 20er und 30er Jahre beitrug, lag darin, dass der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital weder gelöst noch ignoriert, sondern internalisiert wurde. Es war dieser Konflikt, der – entschärft in den Kämpfen der fordistischen Ära, die sich bald nur noch um die Höhe des Lohns drehten – dann eine ganz neue Phase kapitalistischer Entwicklung und Akkumulation anstoßen würde: das ‚goldene Zeitalter‘ des Kapitals. Das Geheimnis der Langlebigkeit des Kapitals liegt auch in seiner Fähigkeit, Krisen als Triebfeder seiner weiteren Ausdehnung zu benutzen.

Was vor 80 Jahren der Klassenkampf ist nun die Biokrise, selbst Resultat eines ebenso unauflösbaren Widerspruchs zwischen dem kapitalistischen Zwang zum unendlichen Wirtschaftswachstum und unserem Überleben auf einem endlichen Planeten. Die Biokrise könnte es erlauben, die oben beschriebenen Legitimations- und Akkumulations-, sowie Energiekrisen zumindest zeitweise von oben unter Kontrolle zu kriegen. Der Widerspruch soll und kann nicht gelöst, sondern zur Triebfeder eines neuen „grünen Kapitalismus“ gemacht werden, und gleichzeitig der weiteren Ausdehnung staatlicher Kontrolle in unsere Alltagsleben dienen.

### Gegenstrategien

Während es also gut denkbar ist, dass das grün-kapitalistische

Projekt tatsächlich die Wirtschafts- und anderen Krisen zumindest zeitweise lösen kann, so wird vor diesem Hintergrund deutlich, dass es auf keinen Fall die Biokrise lösen kann – denn es ist ein attraktives Projekt der kapitalistischen Modernisierung, mehr aber auch nicht. Und das Kapital, nun ja... „Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten“: Kapital braucht, oder ist, Akkumulation, und 200 Jahre real existierende Kapitalakkumulation haben bisher immer und überall die Umwelt zerstört.

Sicher, wir könnten nun denen glauben, die verkünden, dass die Geschichte vom umweltverträglichen („nachhaltigen“) kapitalistischen Wachstum, die uns seit über 20 Jahren erzählt wird, diesmal wirklich wahr ist – versprochen! Zwanzig Jahre angeblicher ökologischer Modernisierung des Kapitalismus haben aber keinerlei ökologisch relevanten positiven Effekte erzeugt, warum sollte das jetzt anders sein? Weder Emissionshandel, noch die Einspeisung von mehr erneuerbaren Energien in den Energiemix haben nennenswerte Emissionsreduktionen produziert. Es gibt nur zwei Prozesse, die in den letzten 20 Jahren tatsächlich zu klimaschutzrelevanten Reduktionen geführt haben: erstens, der Zusammenbruch der wachstumsfixierten Wirtschaften des Ostblocks; und zweitens, die momentane Wirtschaftskrise. Diese beiden Prozesse haben eines gemeinsam: drastische Einbrüche des Wirtschaftswachstums.

Der durchaus nicht unattraktiv klingende Vorschlag für einen GND ignoriert die ökologisch zentrale Frage des Wachstums vollkommen. Doch trotz dieser offensichtlichen Schwäche – die selben Grünen, die jetzt den GND als das bessere kapitalistische Wachstumsprogramm verkaufen waren die, die bis vor kurzem noch vor den ‚Grenzen des Wachstums‘ warnten – präsentiert dieses Programm sich als pragmatische, gar als angesichts der allseits beschworenen Dringlichkeit der ökologischen Krisen einzig mögliche Route, die Umweltbewegten offen bleibt. Dies ist aber nur so lange wahr, wie wir alle dem kapitalistischen Wachstumsprinzip verhaftet bleiben. Denken wir über jenes hinaus, eröffnen sich neue Politikmöglichkeiten, aber auch –notwendigkeiten. Zum Beispiel: Klimagerechtigkeit statt Wachstumswahn!

Tadzio Müller

---

## Emissionserlaubnis - allowances

Im → Emissionshandelssystem wird auf der Basis der im → Kyoto-Protokoll festgelegten Reduktionsziele jedem verpflichteten Industriestaat für einen bestimmten Zeitraum eine festgelegte Anzahl → CO<sub>2</sub>-Zertifikate zugesprochen (engl. auch „Assigned Amount Units“ – AAU).

---

## Emissionshandel

Einer der → flexiblen Mechanismen. Bezeichnet Handel mit Zertifikaten über Emissionsrechte der verpflichteten Industriestaaten. Eine Begrenzung der → Emissionserlaubnis soll zur Erreichung der Ziele des → Kyoto-Protokolls beitragen, der Handel der Rechte zur Realisierung der günstigsten Maßnahmen. Der Markt für Emissionsrechte umfasste 2008 125 Mrd. US-Dollar.

---

## Flexible Mechanismen

Die im → Kyoto-Protokoll festgehaltenen Instrumente für die Zielerreichung: → Emissionshandel, → Clean Development Mechanism (CDM) und → Joint Implementation (JI). Der Grundgedanke aller drei flexiblen Mechanismen ist, dass die Annex-B-Länder ihre Reduktionsverpflichtungen teilweise im Ausland erbringen können.

---

## Globale Erwärmung

Der in den vergangenen Jahrzehnten beobachtete und künftige Anstieg der Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre und der Meere aufgrund des → anthropogenen Treibhauseffekts. GE ist kein globales Menschheitsproblem, das gekennzeichnet ist durch eine gemeinsame Bedrohungslage oder ein kollektives Interesse an einer Problemlösung. Ursachen wie auch Auswirkungen wirken zeitlich, räumlich und sozial differenziert.

---

## Green New Deal

Idee einer Regulation des → Kapitalismus. Anhand einer ökologischen Modernisierung soll die Krise des Neoliberalismus sowie die sozial-ökologische Krise, deren Ausdruck die → globale Erwärmung ist, gelöst werden. Formuliert wurde der GND als Konzept u.a. durch UNEP, die britische New Economic Foundation aber auch der deutschen Grünen Partei. Kritisiert wird der Ansatz dafür Wachstum nicht in Frage zu stellen und damit die Biokrise nicht bewältigen zu können bzw. soziale Aspekte auszublenden.

---

## Heiße Luft – Hot Air

Einigen Staaten (u.a. Russland, Ukraine) wurden durch das → Kyoto-Protokoll deutlich mehr → Emissionserlaubnisse zugebilligt, als sie (aufgrund des Zusammenbruchs der Industrien nach 1990) absehbar benötigen werden. Diese sog. „heiße Luft“ kann per → Emissionshandel verkauft werden was zu mehr Emissionen führt und keiner wirklichen Reduktion.

---

## IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change

Zwischenstaatliches Gremium aus insgesamt 48 Staaten. 1988 in Folge der wachsenden Erkenntnis über die mit der → globalen Erwärmung verbundenen Prozesse durch UNEP und WMO gegründet. Hauptaufgabe ist es, den aktuellen Kenntnisstand über Ursachen und Folgen einer globalen Klimaänderung zu bündeln, umfassend darzustellen und zu evaluieren.



➤ Wenn am 7.12.2009 die Delegierten der UNFCCC-Staaten anreisen, um während der nächsten anderthalb Wochen in Kopenhagen ihre Klimakonferenz abzuhalten, wird die Klimabewegung nicht stillhalten, sondern auf der Straße mit Aktionen des zivilen Ungehorsams Druck machen - für Klimagerechtigkeit und für echte Lösungen der menschengemachten globalen Erderwärmung. Und das aus gutem Grund: Seit 15 Jahren laufen die Verhandlungen der UNFCCC, in dieser Zeit haben sich die weltweiten Treibhausgasemissionen kein Stück verringert. Ganz im Gegenteil: heute wird weitaus mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen als vor 15 Jahren. Die „falschen Lösungen“ des Kyoto-Protokolls und anderer Vereinbarungen vorangegangener Konferenzen eröffneten in erster Linie profitträchtige neue Märkte für das internationale Großkapital. Durch Emissionshandel und CDM wurde ein neuer Biokolonialismus wachgerufen, der die Bevölkerung des globalen Südens hart getroffen hat – etwa durch massive Landvertreibungen oder den Anstieg der Lebensmittelpreise. Trotzdem werden die Konferenzen der UNFCCC in den Medien weiterhin als die Institution dargestellt, die die Welt vor dem Klimawandel retten wird. Deswegen wird es in Kopenhagen massive Proteste geben, um aufzuzeigen, dass es eine entschiedene Abkehr vom kapitalistischen Wachstumszwang sowie eine faire Umverteilung des globalen Reichtums braucht, um die sozialen und ökologischen Folgen einzudämmen und ertragbar zu machen.

## Aktionen&Proteste

Die Choreografie der Proteste ist vielfältig und beinhaltet unterschiedliche Aktionsformen, die über den Gipfelzeitraum verteilt stattfinden werden. Den Auftakt der Protestwochen wird der „Business Day“ am 11.12. bieten. An diesem Tag werden Vertreter\_innen internationaler Großkonzerne ihre Sichtweise auf die Klimaproblematik darstellen und besonders offen versuchen, die Verhandlungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dort gilt es, diesen Profitinteressen der Verantwortlichen des Klimawandels mit dezentralen Aktionen eine klare Absage zu erteilen. Aktionen und Treffpunkte werden an den zu diesem Zeitpunkt schon bereitstehenden Infopunkten in Kopenhagen bekannt gegeben werden.

Einen Tag später, am 12.12 (Samstag), wird es eine breite Massendemonstration für Klimaschutz und -gerechtigkeit geben, die vom dänischen Parlament bis zum Bella Center, in dem die UNFCCC tagt, führt. Innerhalb dieser Demonstration ist auch ein antikapitalistischer Block geplant.

Die erste Massenaktion wird am 13.12. unter dem Titel „Hit the Production!“ stattfinden. Am Morgen soll der Hafen von Kopenhagen - als Symbol von weltweiter Handelsökonomie und Waren-

# AUF NACH KOPENHAGEN!

strömen - mit einer Massenblockade stillgelegt werden. Außerdem wird dazu aufgerufen, dass Bezugsgruppen an diesem Tag überall in Kopenhagen Aktionen gegen die Verursacher des Klimachaos durchführen.

Ein Höhepunkt der Proteste wird in dem „Reclaim Power!“ benannten Marsch auf das Bella Center bestehen. Am 16.12. treffen die wichtigen Delegierten ein. Viele Staatschefs und Umweltminister werden an diesem Tag ankommen und die Klimakonferenz besuchen. Das Medieninteresse an den Verhandlungen wird nie größer sein als an diesem Tag. Und genau deshalb werden wir den Gipfel übernehmen und für einen Tag zu einer offenen Klimarechtigkeitskonferenz machen. Wir werden uns an einem angemeldeten, vorher bekannten Punkt treffen, und uns danach auf den Weg zum Bella Center machen. Physische Barrieren werden wir umgehen, überwinden oder durchfließen, auf eine Eskalation von Seiten der Polizei wird nicht eingegangen werden. Es ist auf keinen Fall beabsichtigt, irgendjemandem körperlichen Schaden zuzufügen. Dies wird eine Aktion des zivilen Ungehorsams offen für Menschen mit oder ohne Aktionserfahrung und mit den unterschiedlichsten politischen Hintergründen werden.

Nach Erreichen des Bella Centers werden wir die Absperrungen zum Konferenzort überwinden. Von diesem Punkt an gehört der Gipfel uns, wir werden soziale Bewegungen sprechen lassen, Betroffenen aus dem globalen Süden eine Stimme geben und Lösungen jenseits des kapitalistischen Profitwahns aufzeigen. Sollte es allerdings nicht soweit kommen, sind wir auf unterschiedliche Alternativszenarien vorbereitet, die für den Fall, dass wir vor den Eingängen des Konferenzorts auf Einlass warten müssen, durchaus auch in einer effektiven Blockade des Gipfels enden können. Im Zweifelsfall gibt es auch innerhalb der Konferenz kritische Stimmen, die unseren Protest von innen unterstützen werden.

## Unterkunft&Anreise

Die Unterbringung in Kopenhagen wird aufgrund der winterlichen Temperaturen im Dezember nicht wie bei anderen Gipfelprotesten durch ein gemeinsames Camp gewährleistet werden.

Stattdessen organisieren lokale Vorbereitungsgruppen eine Unterkunft in Turnhallen. Anlaufpunkte werden rechtzeitig bekannt gegeben werden, es werden genug Schlafplätze für alle da sein. Wer allerdings nicht gerne in Turnhallen schläft, kann sich bei [Privateaccommodation.cop15@gmail.com](mailto:Privateaccommodation.cop15@gmail.com) um einen von wenigen Schlafplätzen bei dänischen Aktivist\_innen zu Hause bemühen.

Die Verpflegung wird über Volkküchen organisiert, die an den zentralen Schlaf- und Treffplätzen vor Ort sein werden und über einen Spendenbeitrag von umgerechnet ca. 2 € pro Mahlzeit finanziert werden.

Die Anreise nach Kopenhagen mit Auto, Bus oder Zug ist an sich unproblematisch, allerdings solltet ihr einen Ausweis dabei haben. Während der G8-Proteste 2007 kontrollierte die dänische Polizei an der Grenze Ausweise und schickte alle ohne gültige Papiere direkt zurück. Ansonsten empfehlen die lokalen Aktivist\_innen, aufgrund der Jahreszeit auf jeden Fall warme und regenfeste Kleidung mitzubringen, sowie natürlich einen Schlafsack und eine Isomatte.

**In diesem Sinne:  
Auf nach Kopenhagen!**

*Björn, Linksjugend [‘solid]*

# HEUTE SCHON DIE WELT GERETTET?

>Energiekonzerne bauen neue Kohlekraftwerke und lassen die ersten Inselstaaten bald im Pazifik versinken. Nazis behaupten, Menschen seien unterschiedlich viel wert, nur weil sie unterschiedlich aussehen, von woanders herkommen oder anders denken. Und die Nazi-Parteien ziehen mit dieser braunen Hetze in immer mehr Parlamente ein, fluten immer mehr Regionen mit Angst und Gewalt. Gleichzeitig nimmt die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich immer mehr zu. Immer mehr Menschen fürchten um ihren Job, viele haben ihn schon verloren und nicht wenige Jugendliche bleiben im Ausbildungsstau stecken. Die Gleichheit zwischen Mann und Frau ist noch lange nicht hergestellt und ganz nach der Idee „Big Brother is watching you“ kann niemand mehr handeln, ohne Gefahr zu laufen, überwacht zu werden.

Gesellschaft ist von Menschen gemacht und sie kann verändert werden. Wir wollen diese gesellschaftlichen Verhältnisse nicht hinnehmen, wir fordern und kämpfen für grundlegende Veränderungen. Im Großen und im Kleinen. Wir wollen eine Welt, in der niemand in Armut leben muss, in der Menschen solidarisch und selbstbestimmt ihr Leben gestalten können und in der Faschismus keinen Platz hat. Wir wollen den Kapitalismus überwinden und durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen. Sozialismus ist für uns eine Gesellschaft, die Gleichheit, Demokratie und Freiheit vereint. Du meinst, dass geht gar nicht? Wir sagen: Alles verändert sich, wenn wir es verändern. Die Erde ist schließlich auch keine Scheibe mehr.

Dabeisein! Wir, die Linksjugend [solid], stehen als sozialistischer Jugendverband der Partei DIE LINKE nahe. Zugleich sind wir Bewegungsverband. Wir verstehen uns als Teil außerparlamentarischer Bewegungen und wollen junge Menschen organisieren, die sich mit den kapitalistischen Verhältnissen nicht abfinden wollen. Wir wehren uns gegen Rassismus, Militarismus, Nationalismus und Sexismus. Wir sind im ganzen Land mit derzeit über 150 lokalen Gruppen aktiv.

In den letzten Jahren haben wir das erste Klimacamp in Deutschland mit vorbereitet, waren bei lokalen Klimaaktionen aktiv und mobilisieren jetzt nach Kopenhagen. Inhaltliche Debatten organisieren wir bundesweit im AK Klima - dem Arbeitskreis für antikapitalistische Klimapolitik.

Wenn Du auch aktiv werden willst oder wenn Du mehr Infos willst, dann melde Dich bei uns: Vielleicht gibt es ja eine Gruppe in Deiner Nähe oder wir können Dir helfen, selbst eine zu gründen. Wir schicken Dir gern Materialien zum selber lesen, verteilen und verkleben zu und kommen mit Tipps und Ideen zu Euch, wenn Ihr eine eigene Gruppen aufbauen wollt. Mach mit bei der Linksjugend [solid] - Es gibt eine Welt zu gewinnen!

**WWW.LINKSJUGEND-SOLID.DE**

# ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN

Kommt Dir das bekannt vor? Die Verhältnisse in denen Du lebst, erscheinen Dir grundverkehrt, so wie sie sind? Du bist „mit der Gesamtsituation unzufrieden“ und davon überzeugt, dass die Dinge verändert werden müssen?

Ob wir den Klimawandel aufhalten, für globale Gerechtigkeit kämpfen, Geschlechterrollen aufbrechen oder gleiche Rechte und sicheren Aufenthalt für alle Menschen durchsetzen wollen: Immer brauchen wir viele Menschen, die sich zusammen in Bewegung setzen und bereit sind sich mit den Herrschenden anzulegen. Vielleicht hast du auch schon angefangen Dich an Demos und einzelnen Kampagnen zu beteiligen und irgendwann ist der Punkt gekommen wo du mehr wolltest. Eigene Ideen umsetzen, selbst was auf die Beine stellen. Allein geht das nicht, also bleibt nur sich zu organisieren. Eine Lösung wäre selbst eine Gruppe zu starten oder sich bestehenden Strukturen anzuschließen. Aber die Richtige Organisation zu finden ist manchmal verdammt schwer - zumal, wenn es um eine systemüberwindende Perspektive geht.

AVANTI versucht seit 20 Jahren eine antikapitalistische Organisation mit undogmatischen Grundsätzen und basisdemokratischen Strukturen zu verbinden. 1989, aus dem Zusammenschluss einer Kieler und Lübecker Autonomen-Gruppe entstanden, bildeten sich seitdem Ortsgruppen in Flensburg, Norderstedt, Hamburg, Hannover, Bremen und Berlin. Wir wollen bewusst keine Partei sein. Weder eine, die sich im Besitz der einzig wahren revolutionären Linie wähnt, und schon gar nicht eine, die auf Mandate und Regierungsbeteiligungen schießt. Wo es uns gibt, versuchen wir in Zusammenarbeit mit anderen Linken außerparlamentarischen Widerstand voran zu bringen, ohne dabei die eigenen Organisationsinteressen in den Vordergrund zu stellen.

Kontinuierlich beschäftigen wir uns seit unserer Gründung mit Antifaschismus und dem Bereich soziale Kämpfe. Themenfelder wie Anti-Atom, Antimilitarismus, Bildungspolitik, Geschlechterverhältnisse und Klimapolitik sind mit der Zeit hinzugekommen. Wir haben die antifaschistische Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“ mitentwickelt, waren stark an der Anti-G8-Mobilisierung, insbesondere der Massenblockade- Kampagne Block G8 und den Bildungstreiks beteiligt.

Auch in der Klimabewegung treten wir für eine offensive Aktionsorientierung ein, die nicht bei Appellen an PolitikerInnen stehen bleibt, sondern sich der Mittel des direkten Widerstands bedient. So haben wir beim Klimacamp 2008 den Massenbesetzungsversuch der Kohlekraftwerksbaustelle HH-Moorburg mitorganisiert. Unser Ziel ist dabei Aktionen zu gestalten, die anschlussfähig sind und eine breite Beteiligung ermöglichen, in denen Menschen über sich hinauswachsen, Staatsfurcht abschütteln und vertrauen in die eigene Stärke gewinnen. Nur in den konkreten Kämpfen für ein besseres Leben kann die Perspektive für eine ganz andere Welt entstehen. Alle sind eingeladen uns dabei zu begleiten.

Avanti – Projekt undogmatische Linke

## WWW.AVANTI-PROJEKT.DE

---

## JI – Joint Implementation

JI, einer der → flexiblen Mechanismen, ermöglicht es Industrieländern oder Unternehmen die zur Erfüllung des nationalen Reduktionsziels beitragen gemeinsam emissionsmindernde Projekte durchzuführen. Diese werden in einem Land durchgeführt, aber von einem anderen Land finanziert, das sich entsprechend Reduktionsgutschriften anrechnen lassen kann.

---

## Kapitalismus

Ökonomie die durch eine spezifische Produktions- und die Konsumptionsweise gekennzeichnet ist deren Ziel die Kapitalakkumulation ist. Wird als wesentliche Ursache für die → globale Erwärmung diskutiert werden. Zentraler Kritikpunkt am K ist in diesem Zusammenhang ist dessen Wachstumsfixierung. Eine Regulation der kapitalistischen Krisendynamik ohne grundlegende Änderungen dieser Logik trägt zur Reproduktion sozialer und ökologischer Ungerechtigkeit bei (s.a. → Green New Deal).

---

## Klimabewegung

Umfasst Menschen, Gruppen und Organisationen variabler Organisations- und Aktionsform, d.h. lose bis institutionalisierte Zusammenhänge (NGOs). Gemeinsam ist ihnen das Eintreten für einen Umgang mit der → globalen Erwärmung, der ökologische oder/und soziale Aspekte berücksichtigt (→ Klimagerechtigkeit; → Blindstellen). Sie wirkt lokal, regional, national und auf internationaler Ebene: im Rahmen der → Klimacamps und im Umfeld der COPs u.a. in Form der → Bewegungsnetzwerke.

---

## Klimacamp – Climate Camp

Als basisorientierte Zusammenkünfte der → Klimabewegung richten sie ihre Aufmerksamkeit auf → Blindstellen herrschender Klimapolitik. KCs sind Ausgangspunkt direkter Aktion gegen zentrale → Treibhausgas-Emittenten und „false solutions“ wie auch Ort konkreter Ansätze für eine Kohlenstoff-arme neutrale Gesellschaft. Sie werden wesentlich nach den Prinzipien der Selbstorganisation gestaltet. – die Teilnahme ist offen, Unterstützung finden sie in Spenden und der Mitwirkung aller am Alltagsleben des Camps.

---

## Klimagerechtigkeit – Climate Justice

Mit der Forderung nach Klimagerechtigkeit rücken progressive Teile der → Klimabewegung die Verschränktheit sozialer und ökologischer Aspekte hinsichtlich der Ursachen, → Verwundbarkeit und politischen Bearbeitung der → globalen Erwärmung in den Vordergrund. Das Konzept weist darauf hin, dass Ursachen, Folgen und Bearbeitung der Klimakrise immer eine Klassen-, Rassen-, und Genderdimension haben und, dass soziale Kämpfe notwendig sind, um Gerechtigkeit für die Benachteiligten zu erzielen.

➤ In den vergangenen Jahren haben PolitikerInnen nichts als heiße Luft produziert. Vollmundige Reduktionsversprechen bleiben folgenlos – sogar die Geschwindigkeit des Wachstums der CO<sub>2</sub>-Emissionen hat sich beschleunigt. Und in Deutschland sollen überall neue Kohlekraftwerke hochgezogen werden. Also runter von der Couch – beweg‘ dich – beweg‘ andere – schafft Bewegung.

## Die Verhältnisse zum Tanzen bringen

Gut - dir stinkt das ganze auch gewaltig. Nach dem Blättern durch die Broschüre sollte klar sein, dass Energiesparlampen kaufen, oder so ne Solarzelle aufs Dach schraube allein nicht ausreicht. Irgendwie muss das Ganze ganz anders. Aber wie? Wählen gehen? Damit dann z.B. die Grünen wie bei ihrer Koalition mit der CDU in Hamburg Kohlekraftwerke genehmigen? Zum Kotzen.

Was es braucht ist Bewegung. Gemeinsam den Energiekonzernen in die Suppe spucken. Gegen Atomkraft ging das doch auch irgendwie – wenn du mal zum Anti- Castor- Widerstand ins Wendland fährst weiß du was ich meine.

## Klimaschutz ist Handarbeit

Die Leute, die in dieser Gesellschaft Macht und Reichtum haben, sind die Hauptverantwortlichen für Umweltzerstörung und Klimawandel. Sie machen das einfach deshalb, weil sie damit ordentlich Gewinn machen können. Wenn wir ihnen das Handwerk legen wollen, reichen gute Argumente nicht. Wir müssen realen Einfluss auf ihre Gewinnmöglichkeiten entwickeln. Um so teurer der schon erwähnte Castor- Transport ins Wendland ist, um so unattraktiver wird die Atomkraft – ist ja klar.

Gleichzeitig zeigt so ein Widerstand klar und deutlich, wer eigentlich auf unserer Seite steht und wer nur hohle Phrasen drischt. Es wird die Regierung sein, die mit ihrer Polizei – wie bei der versuchten Besetzung der Kohlekraftwerksbaustelle in Hamburg-Moorburg – konsequente Aktionen für den Klimaschutz verhindern will. Das wird mit dem Schutz des Eigentums gerechtfertigt, um unser Eigentum an Gesundheit und das Recht, auf einer Erde leben zu können, die allen ein gutes Leben ermöglicht, schert sie sich dabei nicht.

## Allein machen sie dich ein

Aber halt mal. Jetzt geht's wieder um das große Ganze. Ich hab aber nicht genug Freunde um mit denen eine Kraftwerksbaustelle besetzen zu können. Klar ist, dass wir allein nicht viel erreichen können. Wir brauchen andere - wir müssen uns organisieren. Aber wie?

Natürlich können wir uns einer großen Umwelt- NGO (Nicht-Regierungs-Organisation) anschließen, oder in deren Jugendgruppen mit anderen wirklich sinnvolle Aktionen überlegen. Einfluss auf die inhaltliche Position solcher Organisationen haben wir dadurch allerdings selten. Ähnlich wie bei Wahlen sollen wir unsere Stimme abgeben und andere (Pressesprecher, Vorstände, Funktionäre) für uns sprechen lassen. Das geht natürlich auch anders. Selbstorganisation hieße, dass wir anfangen, selbst unseren Kopf zu gebrauchen und nicht nur die Kampagnen umzusetzen, die andere für uns beschlossen haben.

# KLAR ZUM ENTERN...

## WAS TUN GEGEN DEN KLIMAWANDEL?

Oft glauben wir nur, dass wir allein sind. Andere sitzen nur eine Straßenecke weiter und machen sich die gleichen Gedanken. 2-3 Gleichgesinnte zu finden ist gar nicht so schwer und mit denen könnt ihr euch gemeinsam auf die Suche nach mehr begeben. Ihr könntet z.B. an euer Schule einen Arbeitskreis gründen und dafür Zettel aufhängen. Oder du gehst zu einer Veranstaltung oder Demo und schaust was für Gruppen es bei dir vor Ort gibt, die was ähnliches wollen wie du. Solche bestehenden Gruppen können euch oft auch unter die Arme greifen wenn ihr was neues startet. Wenn eine neue Gruppe gestartet ist, habt ihr vielleicht das Bedürfnis euch auszutauschen, was ihr eigentlich wollt. Oft ist es aber auch total wichtig einfach mal mit ,ner kleinen Aktion anzufangen. Lasst eurer Kreativität freien lauf – ob ihr zusammen ein Transparent für die nächste Demo malt, gegen Spende leckeres Essen kocht oder ne Theater-Einlage in der Einkaufsstraße hinlegt ist ganz und gar eure Entscheidung. Und für Aktionen die ihr besser nicht stolz rumerzählt bleibt euch immer noch die Nacht...

### Schafft ein, zwei, viele Klimaplana

Darüber hinaus ist es natürlich total wichtig mit unterschiedlichen Menschen, Gruppen und Initiativen an einem Strang zu ziehen. In einigen Orten haben sich deshalb Klimaplana entwickelt. Das sind einfach regelmäßige Treffen bei denen alle zusammenkommen können, die an einem Ort zu Klimathemen arbeiten. Einfach ohne Vorbedingungen und egal ob es VertreterInnen aus bestehenden Gruppen oder Einzelpersonen sind. Wenn's sowas bei euch noch nicht gibt, dann versucht doch einfach zu einem Treffen einzuladen – mal sehen wer kommt.

### Ein Strauß Themen bitte

In dieser Broschüre finden sich einige Anregungen zu unterschiedlichen Themen rund um Klimawandel. Der Widerstand gegen Kohle- und Atomkraftwerke sind in diesem Artikel schon aufgetaucht. Aber es gibt natürlich viel mehr. Es gibt tausende Themen

die genug Konfliktstoff und Anknüpfungspunkte bieten um sich ihnen zuzuwenden. Auch radikale Forderungen sind im Bereich Klima oft vermittelbar.

Warum sollten Bus und Bahn nicht allen kostenlos zur Verfügung stehen, damit nicht mehr so viele Autos die Luft verpesten. Das ne neue Flughafenlandebahn echt überflüssig ist sehen auch alle ein, die vom Fluglärm betroffen sind. Und die Frage, ob ein CO<sub>2</sub>-Energiekonzern über die Stromversorgung mit dem Ziel der Gewinnmaximierung entscheiden sollte oder wir alle, ist von den Sorgen der kleinen Leute über die steigenden Strompreise nicht weit entfernt.

Unsere Themen müssen also nicht bloß an ein moralisches Gewissen appellieren, die Erde – unsern Lebensraum - zu erhalten, sondern können auch an konkrete Bedürfnisse nach einem guten Leben anknüpfen. Wenn uns das gelingt, ist es möglich, nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen der Menschen zu erreichen. Auf dem Weg dahin können uns Selbstorganisation und Widerständigkeit nicht nur Mut machen, sondern unser Leben auch mit den schönsten Erlebnissen bereichern.

Piratenbrut: Hart Backbord! Auf zum Entern!

*Avanti - Projekt undogmatische Linke, Klima AG*





> Die Anti-AKW-Bewegung war und ist eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte. Nach den ursprünglichen Plänen der Energiekonzerne und der herrschenden Politik aus den 60er und 70er Jahren wären hunderte von Atomkraftwerken an Flüssen in Deutschland errichtet worden, hätte mit Wiederaufbereitungsanlagen und Schnellen Brütern eine Plutoniumswirtschaft Gestalt angenommen, die nicht nur immense Unfallrisiken und Abfallmengen produziert, sondern darüber hinaus tonnenweise atomwaffenfähiges Material geliefert hätte. Demgegenüber nehmen sich verbliebenen 17 AKWs in Deutschland geradezu bescheiden aus. Die im bayerischen Wackersdorf geplante Wiederaufbereitungsanlage wurde 1989 aufgegeben, der bereits im Bau befindliche Schnelle Brüter in Kalkar niemals fertig gestellt. Und heute spricht selbst die CDU, die mit ihrem Plan der Verlängerung der Laufzeiten den Energiekonzernen gern noch ein paar fette Extraprofiten verschaffen möchte, offiziell von einer „Brückentechnologie“, gesteht also zu, dass es sich bei der Atomenergie um ein Auslaufmodell und eine technologische Sackgasse handelt.

Was kann die entstehende Klimabewegung also von der Anti-AKW-Bewegung lernen? Diese Frage ergibt sich ja schon aus der inhaltlichen Nähe der beiden Bewegungen, die sich beide gegen eine großtechnologische Form der Energieerzeugung (und des Wirtschaftens überhaupt) richten, die für Macht- und Profitinteressen eine Zerstörung natürlicher Ressourcen und damit der Lebensbedingungen vieler Menschen in Kauf nimmt. Daraus ergibt sich schon ein wichtiger Punkt, der von der Anti-AKW-Bewegung mit in die Klimabewegung hinüber genommen werden sollte: Nämlich Energieproduktion, Ressourcenverbrauch und Emission von klimaschädlichen Gasen nicht vorrangig als eine technologische Frage zu betrachten, sondern die dahinter stehenden gesellschaftlichen Strukturen und Interessen in den Blick zu nehmen. So wie dies bei der Atomwirtschaft das Streben nach Nuklearwaffen und einer Energieproduktion in den Händen weniger monopolistischer Konzerne war, ist dies in der Klimapolitik der ungebremste Wachstumswang einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, der jedes Bemühen um Energie- und Ressourcen-

# ANTI-AKW-BEWEGUNG

einsparung durch seine ständige Expansion ad absurdum treibt. Veränderung verlangt also auch neue, bessere Techniken, vor allem aber andere – nämlich dezentralere und demokratischere – gesellschaftliche Strukturen.

Daran schließt sich die Erfahrung der Anti-AKW-Bewegung an, dass juristische Auseinandersetzungen um Baugenehmigungen ebenso wie Politik in den Parlamenten zwar nicht unwichtig sind, dass die Stärke der Bewegung aber anderswo entsteht, nämlich in der Initiativ- und Basisarbeit und in widerständigen Aktionen, die sich gerade nicht an die vom (Atom-)Staat vorgegebenen Spielregeln halten.

Dass Fanal, mit dem die Anti-AKW-Bewegung bundesweit sichtbar wurde, war die Besetzung des Bauplatzes des AKW Wyhl im Jahre 1975. Nach einer ersten Räumung durch die Polizei wurde der Bauplatz abermals besetzt, bis schließlich klar war: Das AKW Wyhl wird nicht gebaut. In Brokdorf an der Unterelbe begann der Bau 1976. Hier musste die Polizei den Bauplatz zu einer wahren Festung ausbauen, um eine Besetzung zu verhindern. Auch wenn hier der Widerstand trotz mehrerer Großdemonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmenden nicht erfolgreich war und Brokdorf 1986 als weitest erstes AKW nach der Katastrophe von Tschernobyl ans Netz ging, so wurde durch die Aktionen doch der politische (und auch der finanzielle) Preis für die Durchsetzung der Atomenergie in die Höhe getrieben.

Die Akzeptanz direkter und militanter Aktionen, wie z.B. Bauplatzbesetzungen, Blockade von Atomtransporten oder Sabotage von Strommasten oder Transportstrecken, war in der Anti-AKW-Bewegung immer relativ hoch. Der politische und mediale Druck auf die Bewegung sich zu distanzieren und zu spalten, war nur selten erfolgreich. Das lag zum einen an der direkten Betroffenheit insbesondere der Menschen, die in unmittelbarer Nähe einer geplanten Atomanlage (oder direkt an einer Transportstrecke) lebten. Diese direkte Betroffenheit verändert die Perspektiven und Einschätzungen, was legitimer Widerstand ist, ganz beträchtlich. Damit die – natürlich dennoch nie völlig konfliktfreie – Zusammenarbeit zwischen lokaler Bevölkerung und anreisenden UnterstützerInnen funktionieren konnte, brauchte es aber ebenso eines entsprechenden Bewusstseins der radikaleren, häufig aus

den umliegenden Städten kommenden Gruppen, die auch nicht einfach ihre Konzepte umsetzen konnten, sondern sich um Gemeinsamkeit mit den Betroffenen vor Ort bemühen mussten.

Die so entstehende Verankerung wurde noch einmal dadurch wirksamer, dass sich die Auseinandersetzung um die Atomenergie lange Zeit nicht nur auf einen Ort konzentrierte, sondern die Anti-AKW-Bewegung durch eine Vielzahl lokaler Brennpunkte (Gorleben, Wackersdorf, Brokdorf, Kalkar usw.) gekennzeichnet war. Will die entstehende Klimabewegung dieses Modell – z.B. an den Standorten von Kohlekraftwerken – aufgreifen, resultieren daraus aber auch nicht geringe Anforderungen: Einerseits an die Bereitschaft zu einer oft anstrengenden, kleinteiligen Basisarbeit in BürgerInneninitiativen, mit lokalen Veranstaltungen, Infoständen usw. und andererseits daran, zwischen all diesen lokalen Brennpunkten das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit herzustellen und aufrechtzuerhalten, so wie es in der Anti-AKW-Bewegung z.B. dadurch zum Ausdruck kam, dass an die Forderung „Kein AKW in Brokdorf“ stets noch „und auch nicht anderswo!“ angehängt wurde.

Bei aller Ähnlichkeit der Bewegungen gibt es aber auch relevante Unterschiede zwischen einer Anti-AKW-Bewegung und der Klimabewegung. Letztere muss nämlich von Beginn an eine globale Bewegung sein und muss sich mit dem Problem auseinandersetzen, dass die Gefährdung durch das einzelne Kohlekraftwerk, den einzelnen Großbetrieb oder die einzelne Autobahn weniger groß als die eines AKWs sein dürfte – sich die Gefahr des von Menschen gemachten Klimawandels aber aus der Summe all dieser Einrichtungen und Strukturen ergibt. Das wird den Faktor direkter, lokaler Betroffenheit schwächer ausfallen lassen. Aber dennoch sollte die Klimabewegung nicht darauf verzichten, ihn zu nutzen und zu verstärken. Denn – das zeigt das Beispiel der Anti-AKW-Bewegung – gerade in der Verbindung dieser lokalen Betroffenheit mit direkten Aktionen, die den reinen appellhaften Protest hinter sich lassen, kann eine ungeheure Kraft liegen.

*Avanti - Projekt undogmatische Linke, Klima AG*

---

## Klimaskeptiker

Obwohl der Zusammenhang von globaler Erwärmung und rapidem Anstieg von  $\rightarrow$  CO<sub>2</sub> durch die Verbrennung fossiler Energien seit Beginn der Industrialisierung in der Wissenschaft fast unumstritten ist, sind hartgesottene Zweifler nicht vom Aussterben bedroht. Ein Grund dafür liegt mithin in deren Finanzierung durch Profiteure des fossilistischen  $\rightarrow$  Kapitalismus (s.a.  $\rightarrow$  Clean-Coal).

---

## Kyoto-Protokoll – Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

Verabschiedet während der dritten COP 1997 in Kyoto (Japan). Nach der Ratifizierung durch Russland 2004 seit Anfang 2005 in Kraft. Ergebnisse: Einführung der  $\rightarrow$  flexiblen Mechanismen sowie Regelung der Berücksichtigung von  $\rightarrow$  Senken; Länderspezifische quantifizierte Emissionsbegrenzungs- und Reduktionsverpflichtungen für die 38 verpflichteten Industrieländer; Verpflichtung zur Reduktion von mind. 5,2% aller  $\rightarrow$  Treibhausgas-Emissionen (Basisjahr 1990) innerhalb der Jahre 2008 bis 2012. Schon zum Zeitpunkt der Einführung laut  $\rightarrow$  IPCC weit entfernt von einem anspruchsvollen und ausreichenden Ziel. Das KP sieht eine noch zu verhandelnde zweite Phase ab 2012 vor. ( $\rightarrow$  Post-Kyoto-Prozess).

---

## MOP - Meeting of the Parties

Vertragsstaatenkonferenz des  $\rightarrow$  Kyoto-Protokolls. Seit dessen Inkrafttreten 2005 ergänzt sie die jährlich stattfindenden  $\rightarrow$  COPs.

---

## Natürlicher Klimawandel

Veränderung des Klimas auf der Erde über lange Zeiträume hinweg. Seine Ursachen liegen in zyklischen und nichtzyklischen Prozessen und Ereignissen die auf das Klima der Erde wirken. Dazu zählen Verlauf von Erdbahn, Neigung der Erdoberfläche, Sonnenaktivität, Kontinentaldrift und Vulkanismus. Deutlich abgegrenzt werden muss die  $\rightarrow$  Globale Erwärmung.

---

## Post-Kyoto(-Abkommen)

Die  $\rightarrow$  COP15 ist Ort der Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende  $\rightarrow$  Kyoto-Protokoll. Gegenüber den von herrschender Klimapolitik favorisierten, jedoch in ihrer Emissionsbilanz umstrittenen markt- und technologieorientierten Instrumenten, wie  $\rightarrow$  flexiblen Mechanismen oder  $\rightarrow$  CCS, werden alternative Ansätze stark gemacht, die sich den  $\rightarrow$  Blindstellen der Klimapolitik annehmen.

---

## Quellen

Vorgang oder Tätigkeit, durch den oder die  $\rightarrow$  Treibhausgase, Aerosole oder Vorläufersubstanzen von Treibhausgasen in die Atmosphäre gelangen.

**>** Der Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und dem Klimawandel ist offensichtlich: Der Aufstieg des Kapitalismus war untrennbar verbunden mit dem Einsatz fossiler Brennstoffe – zuerst Kohle, später Erdöl und Erdgas. Diese Energieträger trieben die Eisenbahnen, Schiffe und Maschinen an, sie ermöglichten die enorme Ausweitung der Warenproduktion und des Welthandels. Der Anstieg von CO<sub>2</sub> und anderen Klimagasen ist fast ausschließlich das Erbe von maximal 250 Jahren Kapitalismus als herrschender Produktionsweise. Alle Versuche, Kohle, Öl und Erdgas als vorherrschende Energieträger abzulösen, haben bislang wenig erreicht: Ihr Anteil am weltweiten Primärenergieverbrauch liegt immer noch deutlich über 80%. Die Atomenergie hat sich – auch wenn diese Erkenntnis noch immer gegen Profitinteressen der Energiekonzerne und gegen militärische Motive durchgesetzt werden muss – längst als technologische Sackgasse erwiesen: Sie produziert unbeherrschbare Risiken, jahrtausendlang strahlenden Abfall und ihr Brennstoff, das Uran, ist noch knapper als Erdöl. Es bleibt also beim „fossilistischen Kapitalismus“, dessen Wachstumszwang die – mindestens stabile, wahrscheinlich sogar steigende – Emission von CO<sub>2</sub> und anderen Klimagasen zwangsläufig mit sich bringt.

In diesem Zusammenhang stellen sich zwei grundlegende Fragen. Erstens: Ist ein veränderter Kapitalismus möglich und denkbar, in dem zwar weiterhin die Produktionsmittel in privatem Eigentum sind und der durch Profitinteressen und Marktbeziehungen geprägt wird, der aber schonend mit den natürlichen Ressourcen umgeht, die CO<sub>2</sub>-Produktion überwindet und vielleicht sogar ohne Wachstumszwang funktioniert? Und zweitens: Wie kann eine andere Produktionsweise und Gesellschaftsform aussehen, die dieses leistet? Kann sie die Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung erfüllen und dabei gleichzeitig den Ressourcenverbrauch drastisch minimieren? Und wie kann eine solche neue Gesellschaftsform durchgesetzt werden?

Die erste Frage müssen wir – trotz Emissionshandel, Green New Deal und der Rede vom Umwelt- und Solartechnik als neuem

# ÖKO- KOMMUNISMUS SHA-LA-LA-LA-LA

Wachstumssektor – mit einem klaren Nein beantworten. Dem Kapitalismus ist der Zwang zum Wachstum so eingeschrieben, dass jeder kleine Fortschritt im Ausbau regenerativer Energien oder in der Energieeffizienz von diesem (für das Funktionieren des Systems unabdingbaren) Wachstum wieder zunichte gemacht wird. Der Blick auf das grandiose Scheitern der – schon bescheidenen – Ziele des Kyoto-Prozesses zeigt dies anschaulich. Die Alternative zum Wirtschaftswachstum heißt im Kapitalismus Krise. Was ausbleibendes Wachstum bedeutet können wir in der gegenwärtigen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise beobachten: Angriffe auf die Sozialsysteme, Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit, im globalen Maßstab Verelendung und eine Zunahme der Zahl der Hungernden auf erstmals in der Menschheitsgeschichte über 1 Milliarde Menschen.

Dabei haben auch die Phasen des Wachstums nicht nur die gegenwärtigen Umwelt- und Klimaproblem produziert, sondern auch keineswegs dazu geführt, dass mit der gigantischen Warenproduktion auch soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung von Hunger und Elend erreicht worden wären. Im Gegenteil: im Kapitalismus existieren absurder, protziger Reichtum und bitterste Armut direkt nebeneinander, ja sie bedingen sich sogar.

Schon deswegen sollten wir den Versprechungen der neuen Fans eines ökologischen Kapitalismus nicht trauen, die allen Ernstes mit dem Emissionshandel noch aus dem Recht zur Luftverschmutzung eine handelbare Ware machen wollen.

Wenn wir den menschengemachten Klimawandel ernsthaft begrenzen wollen, müssen wir also über eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nachdenken, die den Zwang zu ungebremstem Wachstum durch eine bedürfnisgerechte Planung ersetzt, scheinbar anonyme Marktentscheidungen durch (basis-)demokratische Strukturen, die die Bedürfnisse aller im Blick hat, statt den Profit weniger. Das ist genau der Kern dessen, was spätestens seit dem Manifest von Marx und Engels als Kommunismus bekannt ist: Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Ersetzung der Klassenherrschaft durch eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Nun ist aber auch offenkundig, dass die Lesart des Kommunismus, wie sie jahrzehntlang von den meisten kommunistischen Parteien vertreten worden ist oder gar die Praxis des „Real Existierenden Sozialismus“ überhaupt keine Antwort auf die Herausforderungen von Umweltzerstörung und Klimawandel darstellten. Im Gegenteil: Das Wirtschaftssystem von Sowjetunion oder DDR war ebenso wie das der westlichen Industriestaaten ausschließlich auf wirtschaftliches Wachstum, auf Steigerung der Produktion bei weitgehender Ignoranz gegenüber den ökologischen Folgen ausgerichtet. Mehr noch: Durch Kommandostrukturen und die Missachtung demokratischer Rechte fehlte es nicht nur an wirtschaftlicher Effizienz, sondern auch an einem gesellschaftlichen Korrektiv, das der industriellen Vergiftung von Böden, Flüssen und Atmosphäre hätte Einhalt gebieten können.

Dieser Kommunismus kann also nicht gemeint sein, wenn wir für eine zukünftige Gesellschaft streiten, die den Kapitalismus mit seiner Wirtschafts-, Sozial-, Ernährungs- und Klimakrise hinter sich lässt. Viele Schlussfolgerungen aus den Fehlentwicklungen und dem offenkundigen Scheitern des „Real Existierenden Sozialismus“ sind in der Linken bereits gezogen worden: Das betrifft die Bedeutung basisdemokratischer Strukturen oder die Notwendigkeit eines politischen Pluralismus ebenso wie den in der traditions-kommunistischen Bewegung völlig verstellten Blick auf Patriarchat oder Rassismus. Vor uns liegt nun die Notwendigkeit einer weiteren Debatte und der nächsten Erweiterung der kommunistischen Utopie: nämlich die Debatte darum, wie soziale Gerechtigkeit – und zwar im globalen Maßstab! - und eine Befriedigung der Bedürfnisse von über sechs Milliarden Menschen in den Zeiten des Klimawandels und der begrenzten Ressourcen möglich ist.

Das theoretische Problem, das sich hierbei stellt, ist dass Kommunismus nur als Überfluss gedacht werden kann. Denn die Basis für die Herausbildung und die Fortexistenz von gesellschaftlicher Spaltung, von Klassen, von Arm und Reich, war ja stets die Begrenztheit der Güter und der verfügbaren Ressourcen, die eine gleichzeitige Befriedigung der Bedürfnisse aller nicht zugelassen hat. Eine globale Mangelverwaltung, die Güter und Dienstleistungen möglichst



gerecht und ökologisch verträglich zuteilt, wird aber weder zu einer freien Gesellschaft führen noch werden sich für die Umsetzung diese Utopie überhaupt Menschen in Bewegung bringen lassen. Derartige Konzepte einer „Öko-Diktatur“ sollten wir der politischen Rechten überlassen.

Tatsächlich geht es also darum, Bedürfnisse losgelöst vom Ressourcenverbrauch zu denken und ihre Befriedigung weniger individuell als gesellschaftlich zu organisieren. Ein anschauliches Beispiel ist die Mobilität. Neben dem – in einer nachkapitalistischen Gesellschaft überflüssigen – Irrwitz, dass Menschen stundenlange Wege zur Arbeit zurücklegen müssen und dass Waren wegen geringer Kostenvorteile um den halben Erdball transportiert werden, bleibt dennoch ein menschliches Bedürfnis nach Bewegung in der Stadt, in der Region, auch nach weiten Reisen. Aber es ist im Kern eben ein Bedürfnis nach Mobilität, nicht nach Autos oder Flugzeugen. Es kann durch einen Ausbau und eine Flexibilisierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs besser und die natürlichen Ressourcen schonender befriedigt werden als durch den heutigen individuellen Autoverkehr. Ähnliches lässt sich auch für zahlreiche andere Bereiche denken, wenn wir erst einmal das eingefahrene Denken in den Bahnen von Lohnarbeit-Produkt-Markt-Profit hinter uns lassen.

Zumal die Ressource „Zeit“ in ganz anderer Form eingebracht werden kann als heute. Im Kapitalismus bedeutet Arbeitslosigkeit gleichzeitig Verelendung und ist eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit nur im Konflikt gegen das Kapital durchzusetzen. Der Verzicht auf die Herstellung der vielen klimaschädlichen und für eine intelligente Bedürfnisbefriedigung auch überflüssigen Dinge (wie z.B. Autos, aber auch Waffen und andere Rüstungsgüter) wird viel Arbeitszeit freisetzen, die von den Menschen befreit von Existenzängsten und Arbeitsstress genutzt werden kann. Dafür ist natürlich Voraussetzung, dass eine solche Entwicklung nicht die einen in die Erwerbslosigkeit stürzt, während die anderen nur umso mehr arbeiten müssen. Unter diesen Bedingungen wird dann z.B. die Geschwindigkeit von Verkehrsmitteln nicht mehr so entscheidend sein und die Anzahl der Flugreisen kann tatsächlich reduziert werden.

Ein häufig vorgebrachtes Argument gegen eine antikapitalistische Ausrichtung der Klimaproteste (und für markt- und systemkonforme Scheinlösungen wie z.B. den Emissionshandel) besteht darin, dass es angesichts der rapide fortschreitenden Klimaveränderung schlicht keine Zeit dafür gäbe, zuerst das Ende des Kapitalismus abzuwarten. Dieses Argument verkennt zweierlei: Erstens, dass alle „Lösungen“ innerhalb des kapitalistischen Systems, wie sie auf den großen internationalen Konferenzen ausgehandelt werden oder auch in den nationalen CO<sub>2</sub>-Reduktionsplänen stehen, ihre Wirkungslosigkeit längst erwiesen haben. Es handelt sich bestenfalls um Tropfen auf den heißen Stein, häufig genug sogar um reine Mogelpackungen. Und zweitens wird der falsche Eindruck erweckt, als bedeute eine radikale, antikapitalistische Klimapolitik tatenloses Abwarten und Vertagen von konkreten Schritten in eine ferne Zukunft.

Gerade letzteres ist aber ein völliges Missverständnis, denn Schritte zum „Klima-Kommunismus“ sind relativ einfach in konkrete Kampagnen mit durchsetzbaren Zielen zu fassen: Dazu gehört z.B. die Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV ebenso wie die Forderung nach einer Enteignung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne, wozu deren Zerlegung in kleinere, demokratisch kontrollierbare Einheiten gehören würde. Eine starke Klimabewegung – die sich nicht im Gegensatz, sondern im Bündnis mit der sozialen Bewegung befindet – kann auf diesen Gebieten auch im Hier und Jetzt viel erreichen. Aber dafür braucht es auch eine motivierende, konkrete Utopie – und die kann nach Lage Dinge eben nicht im grünen Kapitalismus, sondern nur im „Klima-Kommunismus“ bestehen.

*Avanti - Projekt undogmatische Linke, Klima AG*

# FÜR DIE SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMAN- LAGEN WELT- WEIT – ALLES ANDERE IST QUARK

➤ Im Jahr 1972 veröffentlichte der Club of Rome eine Studie mit weltweiter Resonanz. Durch das Buch „Die Grenzen des Wachstums“ zog die Ansicht, dass die globalen Ressourcen endlich sind, auch in die etablierten politischen Kreise der Industrienationen ein. Die Studie zeigt in zahlreichen Szenarien auf, wie endlich viele Rohstoffe sind, und wie bald sie aufgebraucht sein würden, würde das Wirtschaftswachstum im westen soweit gehen wie bis dahin.

Diese Warnung wurde 1972 ausgesprochen, und doch wächst der Ressourcenverbrauch, vor allem des Westens weiter, ja man kann sagen er eskaliert weiter und weiter. Wer sich die Wirtschaftsnachrichten anhört kann sich ein Bild davon machen. Ist die Wachstumsrate, und damit die Profitrate, nicht groß genug, werden die Blicke der PolitikerInnen sorgenvoll, und die Nachfragen der JournalistInnen drängender. Es geht dabei wohl gemerkt um Wachstumsraten, also das Maß, in dem unser ohnehin schon immenser Ressourcenverbrauch erneut gewachsen ist.

Ohne Wachstum, ohne Expansion kollabiert das System, bricht der Kapitalismus in sich zusammen. Und so führt dieses Wachstum zu immensem Flächenverbrauch, Artensterben, zur Verseuchung von Böden und und und, tja, und auch zur Freisetzung von CO<sub>2</sub>. Vor allem aber führt es dazu, dass sich die Lebensbedingungen von Menschen, meist im globalen Süden dramatisch verschlechtern. Im Nigerdelta wird Krieg gegen die lokale Bevölkerung geführt um an das dort vorhandene Öl zu kommen, in Australien werden gigantische Flächen, die den BewohnerInnen heilig sind, bei der Uranförderung verseucht, für Palmölplantagen werden Menschen in Indonesien von ihrem Land vertrieben. Die Liste ließe sich sehr lange fortsetzen, und macht überaus deutlich, dass „wir“ im Gegensatz zur medialen Darstellung nicht „alle im selben Boot“ sitzen, sondern wie schon in den vergangenen 500 Jahren der Westen auf Kosten des globalen Südens vom Ressourcenverbrauch stärker profitiert, und dem Süden die Kosten des Wachstums aufbürdet.

Der Stoff der dieses Wachstum antreibt ist Öl. Und wie Drogenabhängige fiebern Millionen Menschen mit, wenn der Ölpreis steigt oder fällt. Mit größter Rücksichtslosigkeit, ja barbarischen Methoden ist der Westen bereit sich dieses „Suchtmittel“ zu besorgen, auch wenn das, wie im Irak, bedeutet über Leichen zu gehen.

In den fünfziger bis siebziger Jahren, und bei manchen wohl heute noch, gab es jedoch einen weitverbreiteten Traum, die Hoffnung das eine neue Technologie das Versprechen billigen Strom für Alle und Profite für die Konzerne einlösen könnte. Es war der Traum vom „Atomzeitalter“, in dem der Strom zu billig sein würde um ihn zu messen („too cheap to meter“), das sauber und modern sein würde, und so paradisisch, das mensch Grönland in einen Garten Eden verwandeln könnte.

Doch wie schon beim Öl, das 100 Jahre zuvor die „dreckige“ Kohle abgelöst hatte, ist das „Atomzeitalter“ nur eine weitere Eskalation des dem Kapitalismus innewohnenden Wachstumszwanges, und auch im „Atomzeitalter“ setzte sich die global ungerechte Verteilung von Nutzen und Kosten in noch drastischerer Weise fort.

Dieser Vorgang wird meist als Externalisierung von Kosten bezeichnet und stellt keine Besonderheit des Energiesektors dar, sondern ist ein grundlegender Mechanismus im Kapitalismus.

Die Profite, der Vorteil einer Produktion werden privatisiert, die Kosten werden sozialisiert, also der Allgemeinheit aufgebürdet. Dabei spielt bei Kohle und Atom vor allem die Externalisierung in Raum und Zeit eine Rolle. Im Raum heißt, dass die Folgen des Uranabbaus und des Klimawandels, aber auch des Flächenverbrauches und des Artensterbens, vor allem der globale Süden zu tragen hat. Externalisierung in der Zeit bedeutet, dass vor allem zukünftige Generationen die heute verursachten Probleme zu Schultern haben. Sei dies in Form zukünftig steigender Meeresspiegel oder als Atom Müll, der noch für Jahrtausende strahlt.

---

## Treibhauseffekt

Atmosphäre und Oberfläche der Erde absorbieren die Sonnenstrahlung, erwärmen sich dadurch und senden in Folge langwellige (Infrarot-)Strahlung ab. Gegenüber der kurzwelligen Sonneneinstrahlung sind best. Elemente der Atmosphäre für diese Strahlung in erhöhtem Maße undurchlässig – sie wird absorbiert. Die so erhaltene Wärmeenergie wird gleichmäßig in alle Richtungen, auch zum Boden hin (Atmosphärische Gegenstrahlung), abgegeben.

---

## Treibhausgase

In der Atmosphäre enthaltene Gase, hauptsächlich Kohlendioxid ( $\rightarrow \text{CO}_2$ ), Wasserdampf ( $\text{H}_2\text{O}$ ), Methan ( $\text{CH}_4$ ), Distickstoffoxid ( $\text{N}_2\text{O}$ , Lachgas) und Ozon ( $\text{O}_3$ ). Die natürliche Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre bewirkt, dass auf der Erde statt  $-18^\circ\text{C}$  eine durchschnittliche Temperatur von  $15^\circ\text{C}$  herrscht.

---

## UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change

Klimarahmenkonvention: Erster internationaler Vertrag zur  $\rightarrow$  globalen Erwärmung. Unterzeichnet von über 150 Staaten im Rahmen der UNCED-Konferenz 1992 in Rio. Seit 1994 völkerrechtlich in Kraft. Die erste Vertragsstaatenkonferenz ( $\rightarrow$  COP) folgte 1995. Ziel ist die Stabilisierung der atmosphärischen  $\rightarrow$  Treibhausgas-Konzentrationen auf einem Niveau, das eine gefährliche menschliche Beeinflussung des Klimasystems verhindert. Konkretes Ziel ist die Rückführung der Treibhausgasemissionen der Industrienationen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau des Jahres 1990.

---

## Verwundbarkeit

Gesellschaftliche Gruppen können aufgrund sozialer Ungleichheiten und Machtasymmetrien auf sehr unterschiedliche Weise von den Auswirkungen der  $\rightarrow$  globalen Erwärmung betroffen sein reagieren. Basierend auf den jüngsten Erkenntnissen des  $\rightarrow$  IPCC besteht kein Zweifel darüber, dass vor allem die sog. Entwicklungsländer am stärksten betroffen sind bzw. sein werden.

## Für eine Gesellschaft in der der Betrieb von Atomanlagen nicht machbar ist!

Der Zwang zum Wachstum, und zur Steigerung des Profites prägt eine Gesellschaft in vielerlei Hinsicht. Nicht nur, dass wir anderen Gesellschaften oft mit Gewalt ihre Bodenschätze entreißen und zukünftigen Generationen den Müll hinterlassen. Die gleiche Dynamik führt auch dazu, dass Produktionen rationalisiert und zentralisiert werden. In der Energieerzeugung nimmt dieser Zwang besonders Formen an. Immer größere Konzerngebilde entstehen, immer größere Kraftwerke werden gebaut. Im Bereich der weltgrößten Konzerne liegen immer noch die Öl- und Autokonzerne vorne, im Bereich der Kraftwerke Atom- und Wasserkraftwerke. Effizient sind Kraftwerke für die Konzerne vor allem dann, wenn möglichst wenig Personal möglichst viel Strom erzeugen kann. Nachdem es gelungen war die Kosten für Forschung und Entsorgung dem Staat, also der Allgemeinheit, aufzubürden, stellen sich Atomkraftwerke als die Spitze dieser Entwicklung dar.

Die Stromerzeugung durch AKWs z.B. in Deutschland richtet sich also nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern nach den Anforderungen der Konzerne möglichst viel Profit mit möglichst geringem Einsatz zu machen.

Eine früher sehr dezentrale Versorgungsstruktur mit hunderten von Stadtwerken wurde so über die Jahre hinweg in eine zentralisierte Energieversorgung mit vier großen Konzernen überführt (E.on, RWE, Vattenfall und ENBW). Nur sie können das Kapital für den Betrieb von Atomanlagen aufbringen. Welche Macht sich in diesen Konzernen akkumuliert zeigt sich zum Beispiel darin, wie gut sie in der Lage sind den Staat für ihre Belange zu nutzen. So stellt der Staat jedes Jahr tausende von PolizistInnen ab, die Castortransporte durch die Republik prügeln, ohne dass dies den Konzernen in Rechnung gestellt würde.

Zentralisierter Staat und große Konzerne bedingen sich gegenseitig. Der Betrieb von Atomanlagen ist konsequenter Ausdruck dieser gesellschaftlichen Entwicklung. Ein Blick auf die Liste der 37 Staaten, die Atomanlagen betreiben, offenbart vor allem Gesellschaften, in denen die gesellschaftliche Akkumulation von Reichtum und die Zentralisierung von Macht schon sehr weit fortgeschritten ist.

## Herrschaftsfrei und Spass dabei!

Das Ziel der Anti-Atom-Bewegung ist daher nicht nur eine kapitalistische Gesellschaft in der es keine Atomanlagen gibt (das fordern auch SPD und Grüne) sondern eine grundlegend andere Gesellschaft, in der Atomanlagen nicht machbar sind. Eine Gesellschaft, die sich von einer fatalen Wachstumslogik zu befreien versucht, die zwangsläufig drastische soziale Folgen hat, und die Lebensgrundlagen von Menschen vor allem im Süden zerstört.



Die Kritik der Anti-Atom-Bewegung ist der Versuch, eine Energieversorgung zu denken die sich an den Bedürfnissen derjenigen orientiert, die die Energie verbrauchen, aber auch derjenigen, die die Rohstoffe zur Verfügung stellen. Damit dies auf Augenhöhe miteinander verhandelt werden kann (bsp. RapsbäuerInnen, AgrospritproduzentInnen und AgrospritverbraucherInnen) braucht es eine herrschaftsfreie und selbstbestimmte Gesellschaft, die Gremien und Orte bereitstellen kann, die gewährleisten, dass die Belange keiner einzigen Gruppe Betroffener einfach unter den Tisch fallen können. Die Frage nach einer anderen Energieerzeugung ist daher vor allem die Frage nach einer anderen Gesellschaft, und weniger nach anderen Technologien.

Der Widerstand gegen Wachstumsideologie, Ressourcenverbrauch und den Betrieb von Atomanlagen steht dabei exemplarisch für viele anderen gesellschaftliche Bereiche, beispielsweise die Themen Mobilität, Landwirtschaft, oder Wohnen. An vielen Stellen kann mensch beginnen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse zu entwickeln. Der Kampf gegen den Betrieb von Atomanlagen ist nicht die Schlechteste davon.

*Anti-Atom-Büro Hamburg*

# IMPRESSUM

## **Klimacasino Schließen!**

Materialien für eine Klimabewegung von unten, Gegen Emissionshandel und andere Katastrophen.  
Oktober 2009

## **Herausgeber**

Avanti - Projekt undogmatische Linke  
c/o Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
info@avanti-projekt.de  
www.avanti-projekt.de

Gezeichnete Beiträge werden von den AutorInnen verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## **Auflage**

5.000 Exemplare. Eigendruck im Selbstverlag.

## **V.i.S.d.P.**

C. Kleine, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck

## **Bezugsquellen**

Linksjugend [‘solid]  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon 030 / 24009-419  
Telefax 030 / 24009-326  
info@linksjugend-solid.de  
www.linksjugend-solid.de

## **Eigentumsvorbehalt**

Diese Broschüre bleibt bis zur Aushändigung an den/die Gefangene(n) Eigentum des Absenders. „Zur Habe-Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Broschüren sind unter Angabe des Grundes an den Absender zurückzusenden.





„Die Konkurrenz und die schrankenlose Profitgier des kapitalistischen Systems sind dabei, den Planeten zu zerstören. Für den Kapitalismus sind wir nicht menschliche Wesen, sondern Verbraucher. Für den Kapitalismus existiert keine Mutter Erde, sondern Rohstoffe.

Der Kapitalismus ist die Quelle der Asymmetrien und Ungleichgewichte in der Welt. Er bringt Luxus, Bereicherungssucht und Verschwendung für einige Wenige, während Millionen in der Welt Hungers sterben. In den Händen des Kapitalismus verwandelt sich alles in Ware: das Wasser, der Boden, das menschliche Gen, die althergebrachten Kulturen, die Gerechtigkeit, die Ethik, der Tod ... das Leben selbst. Alles, absolut alles wird verkauft und gekauft im Kapitalismus. Und selbst der ‚Klimawandel‘ hat sich in ein Geschäft verwandelt.

Der ‚Klimawandel‘ hat die ganze Menschheit vor eine große Entscheidung gestellt: den Weg des Kapitalismus und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung des Lebens einzuschlagen.“

*Evo Morales, Präsident von Bolivien, Dezember 2008*